

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 39 (1960)
Heft: 9

Rubrik: Chronik des Monats

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

wahrhaft faustische Leistung der Reichsautobahnen und des Arbeitsdienstes kennenzulernen. Was mir einen besonderen und bleibenden Eindruck hinterließ, ist der *freudige Geist der Zusammenarbeit*, der sich überall kundtat . . .»

Das scheint uns die Frage, warum Hitler der Meinung war, er könnte Burckhardts Reputation für seine Ziele ausnützen, deutlicher zu beantworten als alle anderen Erklärungsversuche. Vielleicht waren Wendungen wie «wahrhaft faustische Leistung» wieder nur dazu bestimmt, die wahren Eindrücke zu verhüllen. Aber ist es nicht auffallend, daß Burckhardt zehn Seiten seines Buches seinem Besuch in deutschen Konzentrationslagern widmet, aber nicht eine einzige Zeile dem Besuch beim Reichsarbeitsdienst?

CHRONIK DES MONATS

Innenpolitik

Die Zeit nach den Sommerferien ist innenpolitisch vor allem durch die parlamentarischen Vorarbeiten gekennzeichnet, die in den verschiedenen Kommissionen des National- und Ständerates geleistet werden.

Im Vordergrund des allgemeinen Interesses steht zweifellos die *Armee-reform*, mit welcher sich die Militärkommission des Nationalrates während einiger Tage intensiv befaßte. Ihre Beratungen haben die an sich verworrene Situation noch keineswegs geklärt. Außerordentlich bedauerlich ist, daß ein Antrag des Genossen Oprecht abgelehnt wurde, der den Bundesrat beauftragen wollte, einen zusätzlichen Bericht zu den Vorschlägen der Oberst-divisionäre Ernst und Waibel zu erstatten. Ohne daß man sich mit einem dieser beiden Herren zu identifizieren braucht, kommt man um ernsthafte Zweifel nicht herum, daß die eingesetzten Mittel für die offizielle Konzeption nicht ausreichen. Das Problem des Flugzeugbestandes ist jedenfalls noch keineswegs gelöst, um nur einen Punkt herauszugreifen. Die Beschlüsse der Militärkommission, welche die Kavallerie in reduziertem Bestande wieder aufgenommen und die Aufhebung von 13 Infanterie-Bataillonen wieder rückgängig gemacht haben, ziehen bereits finanzielle Konsequenzen nach sich, so daß offenbar in der Herbstsession auch über den sogenannten Ausgaben-plafond diskutiert werden wird. Für uns Sozialdemokraten wird ja letztlich nicht entscheidend sein, ob dieser Plafond 1,2 oder 1,3 Milliarden betragen soll, sondern die Art und Weise, wie die Ausgaben gedeckt werden. Jedenfalls sollen die vermehrten Militärlasten nicht auf die breiten Massen der kleinen Leute abgewälzt werden, während man den oberen Kategorien Ge-

schenke macht. Und die vermehrten Militärausgaben sollen auch nicht zu einer Beschneidung der sozialen und kulturellen Leistungen des Staates führen, gibt es doch neben einer militärischen auch noch eine geistige Landesverteidigung!

Nachdem das Schweizervolk am 29. Mai 1960 dem Verfassungsartikel über die *Mietzinskontrolle* zugestimmt hat, sind nun die Ausführungsbestimmungen zu erlassen. Die Vorlage des Bundesrates vom 23. August 1960 wird in der Herbstsession erst durch den Ständerat behandelt werden, so daß diese Ausführungsbestimmungen keinesfalls auf den 1. Januar 1961 Rechtskraft erhalten. Die Kreise um den Hauseigentümerverband setzen alles in Bewegung, um bereits für das Übergangsregime die neuen Vorschriften anzuwenden. Das scheint uns ein sehr fragwürdiger Weg zu sein, der nur in wirklichen Ausnahmefällen beschritten werden sollte. Üblich ist dagegen der andere Weg: Verlängerung der bestehenden Rechtsordnung durch Dringlichkeitsbeschluß. Diese Lösung drängt sich aber auch sachlich auf, gibt sie doch Gelegenheit, die Abklärung in den Kantonen und die Organisation der komplizierten Mietzinsüberwachung mit der erforderlichen Gründlichkeit an die Hand zu nehmen. Über die Vorlage des Bundesrates wird man sich noch eingehend unterhalten müssen; das Mietzinsproblem wird somit in nächster Zeit weiterhin viel Stoff für die öffentliche und parlamentarische Diskussion bilden.

Eine Seite des Wohnungsproblems bedarf ebenfalls der Erwähnung. Wir meinen die *Unterbringung der ausländischen Arbeitskräfte*. Durch einzelne eigentliche Skandale ist man auf diesen dunklen Punkt aufmerksam geworden. Einzelne Ausländer, insbesondere Italiener, über deren Mithilfe die Industrie recht froh ist, werden skrupellos durch profitgierige Vermieter ausgebeutet. In baufälligen, gesundheitsschädlichen Häusern wurden teilweise eigentliche Massenwohnungen eingerichtet, wobei pro Bett übersetzte Mietzinse verlangt wurden. Gegen diese Machenschaften ist konsequentes, energisches Durchgreifen erforderlich. Dem Bundesrat ist entschieden beizupflichten, wenn er am 19. Juli 1960 an die Kantonsregierungen schrieb: «Gesundheitsschädliche und unwürdige Unterkünfte verstoßen gegen die guten Sitten und die öffentliche Ordnung. Solche Zustände dürfen wir in der Schweiz nicht dulden, bei den ausländischen Arbeitskräften, die unserer Volkswirtschaft gute Dienste leisten und ihr unentbehrlich sind, so wenig wie bei der schweizerischen Bevölkerung . . .»

In der Herbstsession stehen auch *Beiträge des Bundes an die anerkannten Krankenkassen* für die Jahre 1961, 1962 und 1963 zur Diskussion. Mit Rücksicht auf die schlechte finanzielle Lage der Kassen und der ständigen Steigerung der Kosten sollten die von der Kommission vorgeschlagenen zusätzlichen Beiträge unbestritten sein. Es geht, nachdem wir nun einmal das System der Krankenkassen haben, um die Gesundheit unseres Volkes. Heute

sind rund 80 Prozent der Bevölkerung gegen Krankheit versichert. Gerade diejenigen Schichten, welche auf die Versicherung besonders angewiesen wären, stehen aber zum Teil noch außerhalb. Man hat daher das größte Interesse, daß die Kassen nicht genötigt werden, ihre Beiträge und die Selbstbehalte weiter zu erhöhen. Im Zusammenhang mit diesen staatlichen Beiträgen ist man versucht, die ganze Problematik der staatlichen Ordnung des Gesundheitsdienstes aufzurollen. Es sei aber vorderhand einer in konkrete Nähe gerückten Teilrevision des Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes nicht vorgegriffen.

Dr. Arthur Schmid

Außenpolitik

Wahrscheinlich haben sich bis zum Ende der Berichtsperiode die Halbschmerzen verloren, die sich viele Leute bei den ersten Beobachtungen des Ballonsatelliten «Echo» geholt hatten. Dieser «rasende» Stern kündigt täglich den Anbruch des Weltraumzeitalters an. Aber nicht nur auf amerikanischer, auch auf russischer Seite ist viel geschehen. Den Russen ist es gelungen, eine Raumkabine, die ebensogut einen Menschen hätte beherbergen können, mit Hunden und kleinerem Getier, inklusive Insekten und Bazillen, nicht nur um die Erde kreisen, sondern wieder zur Erde zurückfliegen und landen zu lassen. Der erste Flug eines Menschen in den Weltraum steht bevor. Auf der Erde aber treten sich die Menschen auf die Füße, kämpfen um Macht und Ruhm und machen sich das Leben sauer.

In Deutschland haben die Moskauer Statthalter in Pankow die Gelegenheit ergriffen und einen Heimkehrerkongreß zu einem verschärften Regime an der Berliner Sektorengrenze benützt. Sie haben richtig spekuliert, denn angesichts der bei diesen «Heimkehrer»-Kundgebungen sich häufenden Taktlosigkeiten und Schnoddrigkeiten eines immer noch nicht überwundenen Nazigeistes konnte in Westeuropa keine geschlossene Abwehrfront der Empörung erwartet werden. Nach dem ersten Streich hat Ulbricht zum zweiten angesetzt und setzt durch neue Schikanen an der Sektorengrenze das millimeterweise Abwürgen des Westberliner Bären fort.

In diesen Zusammenhang hineinstellen muß man auch die Resonanz, die ein Interview eines Fernsehreporters mit dem deutschen Philosophen Jaspers gefunden hat. Jaspers hat der Meinung Ausdruck verliehen, daß die Freiheit für die Deutschen wichtiger sei als die staatliche Einheit. Man dürfe die vergangenen Kriege nicht vergessen und dürfe die Reichsvorstellungen eines Bismarck nicht einfach weiterkultivieren, als ob in den letzten Jahrzehnten nichts geschehen sei. Die heftige Reaktion aus allen politischen Lagern hat gezeigt, daß Jaspers ein Tabu berührt hat. Tatsächlich fällt es den Deutschen leichter, in «Geopolitik» zu schwelgen, als die Menschenwürde des Bürgers und dessen demokratische Rechte zum zentralen Anliegen politischen Wir-

kens zu machen. Das hat auch der Streich Adenauers mit dem zweiten Fernsehprogramm blitzlichtartig enthüllt. Ein Volk, das sich solche Diktaturallüren – von der sozialdemokratischen Opposition abgesehen – fast widerspruchslos bieten läßt, darf ruhig noch ein wenig gespalten sein. Es wird ihm um so länger der Weg zu einer neuen Hitlerei erschwert.

Die Labour Party in England findet sich immer noch nicht zu einem neuen geschlossenen und kraftvollen Wirken. Nach dem Tode Aneurin Bevan trifft sie die lebensgefährliche Erkrankung ihres Sekretärs Morgan Phillips doppelt schwer. Die Partei hat das Pech, in der Zeit der Generationenablösung gerade jene Männer zu verlieren, die mindestens in der letzten Zeit am stärksten als einigende Kräfte gewirkt haben. Der britische Gewerkschaftskongreß, der zwei sich widersprechende Resolutionen zur Verteidigungspolitik angenommen hat, stellt ein Abbild jener Zerrissenheit dar, die jene Strahlung verunmöglicht, die allein eine Mehrheit im Volke bei Wahlen möglich werden ließe.

Auf kommende Auseinandersetzungen zwischen den «Großen» weisen verschiedene Anzeichen hin. Im Verfahren gegen den amerikanischen Flieger Powers hat Rußland effektiv dem Rivalen Amerika den Prozeß zu machen versucht. Das verhältnismäßig milde Urteil darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Russen in der Sache selbst nicht weich geworden sind. Verschiedene Überläufer aus dem amerikanischen Geheimdienst nach Rußland lassen darauf schließen, daß Rußland einige gefährdete Agenten heimbeordert hat und ihre Auskünfte als Material für das Auftreten Chruschtschews vor der UNO präparieren wird. Chruschtschew arbeitet auf einen großen Coup hin, und die Begleitung durch die erste Garnitur der Satellitenführer deutet ebenfalls in der Richtung hin, daß Chruschtschew es seinen Gegenspielern im Westen «wieder einmal sagen wird». Die Spitzen des kommunistischen Blocks sollen es später China gegenüber bezeugen, daß Chruschtschew der wahre Führer ist. Dabei wird es allerdings Janos Kadar nicht ganz wohl in seiner Haut sein, denn die UNO könnte ihn an die nicht vollzogenen Resolutionen in bezug auf Ungarn erinnern.

In der Hauptsache hat sich aber das Gewicht der weltpolitischen Entscheidungen aus den gemäßigten Zonen in die Subtropen und in die Tropen verlagert. Im Bereich der Araber hat das Bombenattentat, dem der jordanische Ministerpräsident Madschali zum Opfer fiel, gezeigt, daß die Risse im Vordern Orient so tief sind wie je zuvor. Einig ist man sich bei den Arabern gegen Israel und, wenn es sein muß, gegen Frankreich. Aber wie weit die Freiwilligen, die man dem FLN versprochen hat, auch wirklich in Algerien eintreffen werden, ist eine andere Frage. Auch die Anhänger von Ferhat Abbas sind genau wie die Franzosen zu schwach zur militärischen Entscheidung. Sie hoffen aber darauf, daß mit der Internationalisierung des Konfliktes die UNO sich damit befaßt, und daß das psychologische Gewicht einer

UNO-Mehrheit, die sich gegen Frankreich ausspricht, auf die Länge einige Wirkung haben wird. De Gaulle sieht das auf der andern Seite voraus, er ist aber gegenüber den Militärs zu schwach, einen Kurs durchzusetzen, der etwas anderes als eine Kapitulation der algerischen Aufständischen forderte.

Die Organisation der Staaten Amerikas hat das Regime des dominikanischen Diktators Trujillo verurteilt, und eine Reihe von Staaten hat bereits ihre Beziehungen zu diesem Faschisten abgebrochen. Selbst die USA haben mitmachen müssen, obwohl ihren großen Trusts dieser Herr gar nicht so unsympathisch ist. Ohne diesen Schritt wäre eine Distanzierung der süd- und mittelamerikanischen Staaten vom Regime Castros in Kuba überhaupt nicht zu erreichen gewesen. Wenn Amerika dieses zweite Ergebnis wollte, so mußte es im ersten Falle mitmachen. Castro ist dabei immer noch viel glimpflicher davongekommen, als das dem amerikanischen Staatsdepartement lieb ist. Aber der amerikanische Trustkolonialismus hat eben in Süd- und Mittelamerika so viele Gegner wie der mehr staatliche Kolonialismus der europäischen Mächte in Afrika und Asien.

Die Maliföderation ist auseinandergebrochen. Das ist eigentlich keine Überraschung. Eine solche Föderation hat Aussichten, solange nicht einer der Partner allein die Mehrheit stellen kann. Wäre es beim ursprünglichen Gedanken, nämlich der Vereinigung der ehemals französischen Kolonien Elfenbeinküste, Dahomey, Obervolta, Senegal und Sudan, geblieben, so wäre ein Bund aus lauter Minderheiten Tatsache geworden. Nachdem zur Föderationsbildung nur noch Senegal und der Sudan übriggeblieben waren, krankte das neue Staatsgebilde der Maliföderation daran, daß der entwickeltere Teil Senegal sich nicht von der sudanesischen Mehrheit herumkanndieren lassen wollte. Wenn man in Betracht zieht, daß in Afrika der Schutz der Minderheiten noch etwas ziemlich Unbekanntes ist, so kann man für die senegalesische Sezession durchaus Verständnis aufbringen. Im übrigen wissen wir auch in der Schweiz (Basler Wiedervereinigung), daß es nicht allzu leicht ist, einmal auseinandergerissene Staatswesen wieder zusammenzukitten.

Es ist unmöglich, in einer kurzen Übersicht das Durcheinander im Kongo auch nur skizzenhaft wiederzugeben. So hat der kongolesische Ministerpräsident Lumumba sich keinen Augenblick darum bemüht, das Land effektiv zu regieren, Verwaltung und Armee unter eine verantwortungsbewußte Führung zu stellen und Gewähr für ein auch nur einigermaßen geordnetes Staatsleben zu bieten. Das Schwergewicht seiner Aktionen lag auf dem internationalen Boden. Er rief der UNO, in der Hoffnung, er könnte dann selber die UNO-Truppen kommandieren und ihnen die Rückeroberung der abgefallenen Provinzen Kivu, Kasai und Katanga übertragen. Die UNO ließ sich zwar rufen, und Generalsekretär Hammarskjöld hat in erstaunlicher Geschwindigkeit eine internationale Truppe, gebildet aus Einheiten afrikanischer oder neutraler Staaten, einsetzen können. Diese «Feuerwehr» hat ein

wildes Abschlagen der Kongolesen infolge des Wiederauflebens und Wiederaufputschens alter Stammesgegensätze weitgehend verhindern können. Einige bedenkliche Zwischenfälle mußten zwar registriert werden, wobei vor allem eine eigentliche Schlächterei kongolesischer Truppen im Bereiche des Balubastammes Lumumba schwer diskreditierte. In der Folge nahm UNO-Generalsekretär Hammarskjöld deutlich gegen den redegewandten Kongo-ministerpräsidenten Stellung. Die Absetzung des UNO-Kommissars Ralph Bunche und die Ersetzung dieses amerikanischen Negers durch einen Inder schien ein Nachgeben gegenüber dem Osten zu sein, war in Tat und Wahrheit genau das Gegenteil. Hammarskjöld gab sich darüber Rechenschaft, daß gegen Lumumba, der den Segen des Ostblocks hatte, nur mit Leuten eingeschritten werden konnte, die nicht dem Westen verpflichtet waren. Der Auftrag, nach außen die verantwortlichen Maßnahmen zu treffen, war von einem Inder mit dem Prestige Nehrus im Rücken leichter auszuführen als von irgendeinem Dritten. Zudem wußte man, daß Indien ganz sicher kein Sondersuppeln am kongolesischen Feuer kochen würde, was man nicht von allen afrikanischen oder östlichen Häuptlingen voraussetzen darf. Im Augenblick kann nicht überblickt werden, wer von den beiden führenden Männern im Kongo, Staatspräsident Kasavubu oder Ministerpräsident Lumumba, sich durchsetzen wird. Beide haben ihre Widersacher abzusetzen und gefangen-zunehmen versucht. Keinem ist es einstweilen geglückt, eine eindeutige Lösung Wirklichkeit werden zu lassen.

Auch die UNO wird vom Kongofieber erfaßt werden. Für die beiden Rivalen im Kongo werden sich in den UNO-Debatten West- und Ostblock einsetzen, und der Umstand, daß sich gerade die Prominenten in Neuyork treffen werden, macht das Herbeiführen einer Verständigungslösung nicht leichter. Wenn man den Kongo noch einige Zeit unter die Treuhandschaft der UNO stellen könnte, wäre am ehesten nachzuholen, was Belgien in bezug auf das Nachziehen der nötigen Kader versäumt hat. *Max Schärer*

Blick in die Zeitschriften

«Die Berliner Schlinge» heißt ein Aufsatz von Chefredaktor *Karl Gerold* in der «Frankfurter Rundschau» (10. September 1960), in dem Gerold die deutschen Politiker und den Westen aufruft, «zu erkennen, daß in Europa das Berlin-Deutschland-Problem hochgespielt wird und wohl kaum mehr in den diplomatischen Schubladen versenkt werden dürfte. Wir meinen damit, daß wir vor weiteren überraschenden Vorstößen nicht gesichert sein werden und solange keine Ruhe bekommen dürften, als wir nicht zu einer Übereinkunft mit der Sowjetunion über Berlin und Deutschland gelangen.» Gerold erklärt dann, militärische oder kriegerische Gefahren beständen im Zusammenhang mit Berlin und Deutschland nicht: «Hier wird der Nachklang des Hitlerkrieges, des verlorenen Krieges der Deutschen, politisch ausgekämpft mit allen Druckmitteln – nur nicht mit Raketen oder dem Blut unserer westlichen Verbündeten. Und deshalb